Aus den Fraktionen und Gruppierungen des Gemeinderats

Wernauer BürgerListe / Junge Bürger – Die Gemeinderatsfraktion –

WERNAU BEWEGT UNS... ...WIR BEWEGEN WERNAU

www.wir-bewegen-wernau.de



Kinderbetreuung durch Tageseltern
Neben der Betreuung der Kleinkinder im Kindergarten und der Kindertagesstätte gibt es auch in Wernau die Möglichkeit, sein Kind bei einer Tagesmutter betreuen zu lassen. Die Kindertagespflege ist ein eigenständiges Angebot der Kinderbetreuung. Sie ist gesetzlich der institutionellen Kinderbetreuung gleichgestellt und hat den gleichen Förderungsauftrag: die Bildung, Erziehung und Betreuung des Kindes. In Wernau gibt es derzeit sechs Tagesmütter, die Kinder bei sich zuhause betreuen und drei Kinderfrauen, die die Kinder in deren zuhause betreuen.

Qualifizierung von Tageseltern
Tagesmütter und Tagesväter qualifizieren sich in Baden-Württemberg in einem tätigkeitsbegleitenden Kurs. Die Grundqualifizierung von 160 Unterrichtseinheiten basiert auf dem Curriculum des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Zusätzlich bilden sich Tagesmütter und Tagesväter jährlich mit mindestens 15 Unterrichtseinheiten weiter. Tagesmütter und Tagesväter sind geprüft: Zur Aufnahme der Tätigkeit brauchen sie eine Erlaubnis zur Kindertagespflege vom Jugendamt, vor Aufnahme in die Grundqualifizierung werden sie auf ihre Eignung überprüft.

Wichtiger Baustein bei Kinderbetreuung
Für die Gemeinderatsfraktion WernauerBürgerListe/JungeBürger ist die Betreuung durch Tagesmütter/-väter und Kinderfrauen ein wichtiger Bestandteil und Baustein bei der Kinderbetreuung.
Deshalb begrüßen wir die weitere Förderung ausdrücklich. Schon heute werden die Sozialabgaben der Tagesmütter hälftig von der Stadt Wernau und dem Landkreis Esslingen übernommen. Auch bei den Urlaubs- und Krankheitstagen gibt es eine finanzielle Unterstützung.
Zukünftig wird die Stadt auch die Kursgebühren für die Qualifikation zur Tagespflege, die Kosten für das Führungszeugnis für die Pflegeperson und weitere Haushaltsangehörige, die Gebühren für den Erste-Hilfe-Kurs am Kind sowie den jährlichen Beitrag zur Unfallversicherung übernehmen.



Damit fördern wir qualitativ hochwertige pädagogische Angebote, die zusätzlich zu den Betreuungsangeboten in Kindergarten und Kindertagesstätten den Wernauer Familien zugute kommen sollen.

Ihre Vertreter im Gemeinderat:
Sabine Dack-Ommeln, Stefan Redle, Joachim Gelewski, Uwe Pfeffer, Dr. Gereon Trabold und Andreas Späth

www.wir-bewegen-wernau.de

UNSERE STADT. UNSERE IDEEN. UNSERE ZUKUNFT.
CDU Stadtverband Wernau
cdu-wernau.de



Wichtige Weichenstellung für den Schulstandort Wernau
Bildung und Schule sind nicht statisch, beides wächst mit den Bedürfnissen der Gesellschaft. Die CDU-Fraktion begleitet seit Jahren engagiert den Schulbereich in unserer Stadt und wir haben mit der Konzeption des Schulzentrums im Katzenstein für Wernau den Grundstein für eine solide und variable Weiterentwicklung gelegt. Zentrale Bausteine sind dabei die Schulsozialarbeit und die Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung, Elemente, die heute von den Eltern nachgefragt und hohe Akzeptanz bei den Schülern genießen.
Die Schließung der Werkrealschule in unserer Stadt aufgrund fehlender Schüler bedauern wir zutiefst, denn wir haben dadurch ein anerkanntes pädagogisches Konzept weniger. Die Möglichkeit den Hauptschulabschluss auf der Realschule zu machen, ist nur teilweise eine Alternative und die anvisierte Möglichkeit, die Werkrealschule in Kirchheim zu besuchen, hat das Handicap der Entfernung. Wir hätten es gerne gesehen, wenn der Schulstandort Plochingen für Werkrealschüler erhalten geblieben wäre. Fakt ist, nach diesem Schuljahr ist die Schlossgartenschule in der bisherigen Nutzung Geschichte.
Für das Schulareal um das Schloss hätten wir uns durchaus auch eine andere Nutzung vorstellen können, aber die in den letzten Jahren stark gestiegenen Kinderzahlen machten es notwendig, pragmatische Lösungen anzugehen. Deshalb werden in der Schlossgartenschule drei Kindergartengruppen neu eingerichtet und die einzügige Grundschule im Schloss bekommt neue Räume. Die Problematik für diese Schule, jetzt eine neue Leitung zu finden, hat zu grundsätzlichen Überlegungen der Schulorganisation bei den Grundschulen geführt. Die Grundschule im Katzenstein und die Schlossgartenschule zusammenzulegen und damit eine zweite starke Grundschule zu schaffen, ist nicht nur aus schulorganisatorischen Gründen richtig. Wir werden in den nächsten Jahren aufgrund der Bauentwicklung eine verstärkte Nachfrage im Katzenstein haben. Der Ausbaustand der Schulsozialarbeit und der gestiegene Bedarf bei der Ganztagsbetreuung machen es notwendig, möglichst dort schnell ein Leitungsteam vor Ort zu haben.
Für das KIWI fällt mit Auflösung der Werkrealschule ein sehr großer Aufgabenbereich bei der Schulsozialarbeit weg. Zum Teil wurde dieser Entwicklung bereits Rechnung getragen und Aufgaben in die Teckschule verlagert. Das Zentrum für diese schulbegleitende Arbeit hat aber am alten Standort ausgedient. Mittelfristig braucht unser Schulzentrum im Katzenstein für den gestiegenen Bedarf bei Schulsozialarbeit, Ganztagsbetreuung und Mensa auch bauliche Ergänzungen, die unter Umständen auch mit dem räumlichen Bedarf der Grundschule kombiniert werden können.

Freie Wähler
Wir für Wernau
www.freie-waehler-wernau.de



Zuzug von Neubürgern durch das Neubaugebiet Adlerstraße-Ost Teil III
Liebe Wernauerinnen und Wernauer,
wie bereits mehrfach informiert, plant die Stadt Wernau ein weiteres Baugebiet.
Sinnvoll und notwendig?
Wir Freien Wähler Wernau sind der Meinung, dass mehr Einwohner unserer Stadt „gut tun".
Gerade die demografische Entwicklung – mit langfristig sinkenden Bevölkerungszahlen und Überalterung – spielt auf der Einnahmenseite der Kommunen eine entscheidende Rolle: Je geringer die Einwohnerzahl, desto höher die Gebühren- und Schuldenlast für den einzelnen Bürger und desto geringer sind die Einnahmen durch Steueranteile und Zuwendungen bei überwiegend gleichbleibenden Aufgaben.
Gleiches gilt für die Überalterung der Gesellschaft:
Je mehr Rentner, desto mehr Ausgaben pro Einwohner kommen auf die Gemeinde zu (z. B. soziale Infrastruktur) und desto geringer sind die Einnahmen einer Kommune durch die Einkommensteuer.
Die Stadt Wernau hat sehr viele, gesetzesmäßig zugewiesene Aufgaben zu stemmen. Dazu müssten einer Kommune aber seitens des Bundes und des Landes die entsprechenden Finanzmittel zugesprochen werden. Hier sollte das Konnexitätsprinzip gelten – welches bedeutet, dass der Besteller auch bezahlt. D. h. wer also gesetzesmäßig den Kommunen Aufgaben verordnet, sollte dafür auch entsprechende Finanzmittel bereitstellen.
Unsere – für die Stadtgröße beeindruckend vielfältige – Infrastruktureinrichtungen wie Sportstätten, Schulen und Kindergärten, Hallenbad, Freibad, Feuerwehr, Sozialstation, die öffentlichen Straßen, die Wasserversorgung, um nur einige zu nennen, wollen mit entsprechendem Qualitätsanspruch in Betrieb und in Schuss gehalten werden.
Die Zuweisungen des Landes und Steueranteile sind eine der Haupteinnahmequelle der Stadt Wernau.
Was haben diese Zuweisungen mit der Erschließung Adlerstraße-Ost Teil III zu tun?
Im Zusammenhang mit dem neuen Baugebiet und dem Zuzug von Menschen kann die Stadt mit einer Reihe von Mehreinnahmen rechnen. Hierzu zählen u. a. Anteile an Einkommen- und Umsatzsteuer, die Grundsteuer, die Gewerbesteuer durch zusätzliche Einnahmen unserer Gewerbetreibenden, ggf. erhöhte Zuweisungen aus dem landesspezifischen kommunalen Finanzausgleich und auch die Konzessionsabgabe der Versorger.
Das bedeutet, dass die Erschließung Adlerstraße-Ost Teil III ein notwendiger Schritt für die Zukunft unserer Stadt ist. Um die Einwohnerzahl unserer Stadt zumindest konstant zu halten, aber besser zu steigern, brauchen wir mehr Wohnraum.
Daher unterstützen die Freien Wähler die Erschließung des Neubaugebietes – Adlerstraße-Ost Teil III.
Sanierung der Bergstraße:
Die Sanierung der Bergstraße wird in der nächsten Gemeinderatssitzung beraten. Wir hoffen auf die Zustimmung der anderen Fraktionen für die Umsetzung, denn bereits im Dezember 2012 haben wir Freien Wähler den Antrag für diese notwendige Maßnahme gestellt.

SPD – Gemeinderatsfraktion



Ein Beitrag zum Klimaschutz
Eine neue Studie zur Modernisierung einer Teileinrichtung des Klärwerkes liegt vor und wir werden uns über den Erhalt der bestehenden Einrichtung oder der Modernisierung entscheiden müssen.
Das Ziel der Überlegungen und Untersuchungen ist dabei die Erzeugung von Strom und Wärme für die Eigenversorgung, durch Gasgewinnung aus dem Faulturm. Damit verbunden ist die Reduzierung des bisher erzeugten CO_2-Ausstoß in die Atmosphäre.
Die Energiestudie zeigt, dass mit der Modernisierung des Faulturms und Betreiben eines BHKW mit dem gewonnenen Gas, der Fremdstrombezug auf ca. die Hälfte gesenkt werden und das Betriebsgebäude samt Faulturm beheizt werden kann.
Durch Erzeugung dieser regenerativen Energie können lt. Untersuchung zusätzlich 31t des klimaschädlichen Treibhausgases CO_2 pro Jahr vermieden werden.
Die Investition würde eine Erhöhung der Abwassergebühr um 4 ct/m³ bedeuten. Bei der anfallenden Schmutzwassermenge von 600.000 m³/Jahr heißt das, jeder Wernauer müsste durchschnittlich 2 € im Jahr mehr für Abwasser bezahlen.
Wir halten diese geringe finanzielle Zusatzbelastung, zugunsten unseres Klimas und einer moderneren Anlage für mehr als sinnvoll und werden deshalb die Modernisierung dieser Anlage befürworten. Eine evtl. Umsetzung wird für das Jahr 2019 vorgesehen.

Wohngebäude in den Lindenäckern
Zum neuen Wohngebäude in den Lindenäckern gibt es nach unserem Eindruck immer noch Erklärungsbedarf. Immer wieder erreichen uns frustrierte Bemerkungen wie: „Für die Flüchtlinge wird was getan und für die eigene Bevölkerung nichts".
Die Forderung nach bezahlbaren Wohnungen verstehen und unterstützen wir. Diese berechtigte Forderung hat aber nichts mit der Verpflichtung der Stadt zu tun, Wohnraum für die Anschlussunterbringung von Geflüchteten zur Verfügung zu stellen. Dafür gibt das Land Fördermittel und nur so wurde es möglich, mit der Wohnbaugesellschaft das Projekt Lindenäcker zu realisieren.
Neben Familien werden hier Einzelpersonen in engen Wohngemeinschaften untergebracht. Jede Person hat Anspruch auf ca. 10 m² für Wohnen und Nebenräume. Nach einer Sperrzeit von 10 Jahren werden die Wohnungen dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen.
Anschlussunterbringung für Flüchtlinge sicherzustellen und für bezahlbare Wohnungen zu sorgen heißt nicht „entweder oder". Wir als SPD finden uns nicht damit ab, dass es so vielen Menschen schwerfällt, eine bezahlbare Wohnung zu finden und fordern wohnungspolitische Weichenstellungen auf Landesebene.
Das Land muss die Empfehlungen der Wohnraum-Allianz rasch umsetzen. Vielleicht haben Parteien in der Kommune mehr Möglichkeiten der Einflussnahme auf notwendige Gesetzesänderungen oder die Verteilung von Fördermitteln als Wählergemeinschaften. Die Stadt alleine stemmt keinen sozialen Wohnungsbau. Wir nehmen die Kritik als Auftrag.